

## Anträge im Landtag Steiermark

**Folgende 5 Anträge\* wurden im Landtag von ALLEN PARTEIEN  
(= einstimmig) beschlossen:**

### **THEMA: Vereinheitlichung des Jugendschutzes für ganz Österreich**

INHALT: Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, um über den derzeitigen Stand der von der Bundesregierung eingerichteten Arbeitsgruppe zur Vereinheitlichung des Jugendschutzes zu berichten.

Dem Nationalrat soll eine Vorlage zur Vereinheitlichung des Jugendschutzes für ganz Österreich zugeleitet werden.

### **THEMA: Politische Bildung**

INHALT: Das Fach Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung soll voneinander getrennt werden.

Das Fach „Politische Bildung“ soll als eigenständiges Pflichtfach beginnend mit der 8. Schulstufe im Lehrplan verankert werden.

### **THEMA: Jugendbezogene Maßnahmen in der Integrationspolitik**

INHALT: Die Landesregierung wird aufgefordert, zu prüfen, ob alle jugendpolitischen Vorhaben einer Diversity-Verträglichkeitsprüfung zu unterziehen sind, um das Ziel der Chancengleichheit für alle Jugendlichen anzustreben.

Ebenso ist es wichtig generationenübergreifende Strategien zur Prävention altersspezifischer Diskriminierung zu entwickeln.

Best-practise-Projekte sollen ins Regelsystem übernommen werden.

### **THEMA: Verkauf nicht alkoholischer Getränke bei Veranstaltungen**

INHALT: Veranstalter, die alkoholische Getränke ausschenken oder verkaufen, sind verpflichtet, kalte nichtalkoholische Getränke zu einem nicht höheren Preis auszuschenken als das am billigsten angebotene kalte alkoholische Getränk.

### **THEMA: Energieeffizienz in landeseigenen Gebäuden**

INHALT: Im Rahmen der Planung für die Sanierung des Landtagssitzungssaales ist auf Energieeffizienz Bedacht zu nehmen.

Bei der Anschaffung von neuen elektrischen Geräten soll auf die Energieeffizienz geachtet werden und in landeseigenen Gebäuden (wie etwa Burg und Landhaus sowie landesnahen Gebäuden) defekte Glühbirnen gegen Energiesparlampen, soweit technisch und rechtlich möglich, ersetzt werden.

*Anträge, resultierend aus Steirischer Jugendlandtag 2008, Stand Februar 2009*

Weitere Anträge werden folgen.

\*nicht im Wortlaut

## **Folgende 2 Anträge\* wurden im Landtag beschlossen:**

### **THEMA: Jugendbezogene Maßnahmen im Bereich der Wirtschaftsförderung und der Arbeitsmarktpolitik**

#### **INHALT:**

Die Landesregierung wird aufgefordert, zu prüfen, ob im Steiermärkischen Wirtschaftsförderungsgesetz 2001 die Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern am Arbeitsmarkt (gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit), ausreichend verankert ist, und gegebenenfalls eine Novelle vorzulegen, durch die dieses zentrale wirtschafts- und gesellschaftspolitische Anliegen in den Zielkatalog im § 1 des Gesetzes aufgenommen wird.

Weiters ist dafür Sorge zu tragen, dass die Förderprogramme der Steirischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH im Lehrlingsbereich (z.B. Triality) darauf hinwirken, dass vermehrt junge Frauen in atypische Lehrberufe einsteigen. Ebenfalls ist die Richtlinie für die Steirische Wirtschaftsförderung so zu überarbeiten, dass Maßnahmen der Unternehmen zur Verbesserung von Gesundheit, Sicherheit, und Wohlbefinden der MitarbeiterInnen gefördert werden. Mit der Wirtschaftskammer und anderen Interessensvertretungen soll auf eine systematische Verbesserung des Angebotes an Praktika in steirischen Unternehmen hingewirkt sowie eine im Internet zugängliche Plattform entwickelt werden, auf der Jugendliche in transparenter und niederschwelliger Form Informationen über diesbezügliche Angebote finden.

#### Seitens der Fachabteilung 11A wird folgende Stellungnahme abgegeben:

Die Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern am Arbeitsmarkt, insbesondere die gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit, ist im Steiermärkischen Wirtschaftsförderungsgesetz nicht ausreichend verankert. Gemäß § 1 ist „Zweck des Gesetzes“ „die Anhebung der steirischen Wirtschaftskraft unter Berücksichtigung wirtschaftlicher, ökologischer und technologischer Gesichtspunkte“. Gesellschaftliche Gesichtspunkte werden überhaupt nicht erwähnt. Lediglich im Punkt 6. wird auf „die Verminderung regionaler und geschlechtsspezifischer Ungleichgewichte“ hingewiesen“. Damit findet man sich offensichtlich ab, dass geschlechtsspezifische Ungleichgewichte vorherrschen und lediglich unter Berücksichtigung wirtschaftlicher, ökologischer und technologischer Gesichtspunkte vermindert werden sollen. Auch im § 2 des Gesetzes sind keine Anhaltspunkte zu erkennen, die Förderungen für Unternehmen an gleichwertige Bezahlung von Frauen und Männer knüpfen.

Solange in Summe alle Männer in der Steiermark brutto mehr als doppelt so viel verdienen wie alle Frauen (netto 91% mehr), müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die Einkommensgerechtigkeit zwischen Frauen und Männern erzeugen. Förderungen des Landes sollen daher nur Unternehmen gewährt werden, die die Gleichbehandlung von Frauen und Männer sicherstellen. Dazu ist es erforderlich, das Steiermärkische Wirtschaftsförderungsgesetz zu novellieren.

Häufigste Berufswünsche der Lehrstellensuchenden sind Einzelhandelskauffrau, Bürokauffrau, Kfz - Techniker, Friseurin. Die Berufswahl der Jugendlichen ist immer noch von den traditionellen Berufswünschen geprägt.

Die Tätigkeiten von Frauen konzentrieren sich auf einige wenige Berufssparten. Frauen sind in einem überproportionalen Ausmaß in atypischen Beschäftigungsformen und in schlecht entlohnenden Branchen tätig. Um diesem Trend entgegenzuwirken, sind insbesondere Schulen im Rahmen der Berufsorientierung gefordert, Bewusstseinsarbeit zu leisten, um die Berufsperspektiven von jungen Menschen zu erweitern. In den vom Land Steiermark geförderten Jugendlichenprojekten ist darauf zu achten, dass Mädchen und Burschen gendergerechte Rahmenbedingungen vorfinden und dass eine ausgewogene Teilnahmequote erreicht wird. Beispielsweise bietet die Lehrlingsoffensive „Triality“ für „High Potential“ Jugendliche verstärkt Ausbildungsinhalte an, die das jeweilige Berufsbild erweitern bzw. darüber hinausgehen. In 20 ausgewählten Berufen erhalten Jugendliche Zusatzausbildungen. Von den ausgebildeten Lehrlingen waren nur ca. 4% weiblich. Dieses Beispiel zeigt, dass in technischen Bereichen immer noch männliche Jugendliche bevorzugt sind und der Andrang weiblicher Lehrlinge gering ist. Es ist daher erforderlich, Maßnahmen in das Konzept von „Triality“ aufzunehmen, durch die eine Erhöhung der Teilnahme weiblicher Lehrlinge angestrebt wird. Dies sollte in allen von der Steirischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH finanzierten Jugendlichen-Projekten erfolgen.

Gemäß § 1 Z 2 des Wirtschaftsförderungsgesetzes wird die Anhebung der Wirtschaftskraft unter anderen mit der Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Zusammenhang gebracht. Dies bedarf einer Konkretisierung in der Richtlinie zur Steirischen Wirtschaftsförderung, um Anreize für Unternehmen zu schaffen, sozial gerecht zu handeln und für die MitarbeiterInnen ein gesünderes, angenehmeres und produktives Arbeitsumfeld zu schaffen.

Pflichtpraktika sind in den Lehrplänen vorgeschrieben und die SchülerInnen müssen die Praktikumszeit nachweisen, weil sie ansonsten die Schule nicht abschließen können. Abseits der Problemfelder der arbeits- und sozialrechtlichen Ausgestaltung derartiger Praktikumsplätze, stehen viele Eltern und SchülerInnen oftmals vor dem Problem des Findens einer adäquaten Praktikumsstelle. In Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer und anderen einschlägigen Interessensvertretungen ist es daher unerlässlich auf eine systematische Verbesserung des Angebots an Praktika in steirischen Unternehmen hinzuwirken und ihre Transparenz sicherzustellen.

*Der Landtag wolle beschließen, dass der Bericht des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt, KonsumentInnenschutz, SeniorInnen, Jugend, Frauen und Familien zum Antrag, Einl.Zahl 2564/1, betreffend jugendbezogene Maßnahmen im Bereich der Wirtschaftsförderung und der Arbeitsmarktpolitik zur Kenntnis genommen wird.*

## **THEMA: Generelles Rauchverbot in Speiselokalen**

### **INHALT:**

Die Landesregierung wird entsprechend der Forderungen aus dem steirischen Jugendlandtag 2008 aufgefordert, an die Bundesregierung mit der dringenden Forderung heranzutreten, so rasch wie möglich ein generelles Rauchverbot in österreichischen Speiselokalen umzusetzen.

*Anträge, resultierend aus Steirischer Jugendlandtag 2008, Stand Juli 2009*

\*nicht im Wortlaut